SPD sieht dringenden Handlungsbedarf

Photovoltaik: Sozialdemokraten kritisieren Stadt Bad Berleburg wegen fehlender Bürgerbeteiligung – die wehrt sich

Von Lars Lenneper

Erfolgsmodell: Alexander Blecher (2.v.r.) und seine Kollegen von der Energiegenossenschaft Wittgenstein haben seit 2013 bereits zwölf Photovoltaik-Anlagen auf Dächern Wittgensteins realisieren können und damit einen Teil zur Energiewende vor Ort beigetragen. In Bad Berleburg indes sucht man ihre Anlagen derzeit vergeblich. Foto: Archiv

BAD BERLEBURG. Es ist mehr als nur ein symbolischer Akt, den der SPD-Ortsverein Bad Berleburg in diesen Tagen vollzogen hat. Mit der Mitgliedschaft in der Energiegenossenschaft Wittgenstein eG, die seit nunmehr zehn Jahren größere Photovoltaikanlagen in der Region erstellt und mit wachsendem Erfolg betreibt, wollen die Sozialdemokraten eine Vorreiterrolle einnehmen und ein politisches Statement setzen. Das zumindest geht aus der jüngsten Pressemitteilung hervor.

Darin verdeutlicht Rouven Soyka als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins: „Die Energiewende muss alle Formen der erneuerbaren Energien nutzen, wenn sie gelingen soll. Für deren Akzeptanz ist es eine Grundvoraussetzung, dass sich Bürgerinnen und Bürger direkt und möglichst unmittelbar an Projekten regenerativer Energie-Erzeugung beteiligen können, finanziell und möglichst auch mit Stimme und Einfluss."

Das gelinge praktisch nirgends besser als in genossenschaftlichen Modellen, so Soyka. „Wir wollen damit zeigen, dass sich eigentlich jedermann mit einem überschaubaren Genossenschaftsanteil an solchen Projekten beteiligen kann, die auch hier in Wittgenstein einen inzwischen durchaus beachtlichen und stetig wachsenden Stromertrag erzeugen".

Doch ausgerechnet in der Odebornstadt sehen die Sozialdemokraten hier dringenden Handlungsbedarf. Denn während in Bad Laasphe und Erndtebrück mittlerweile auch auf kommunalen Gebäuden genossenschaftliche Photovoltaikanlagen errichtet worden seien, würden diese bislang in der Stadt Bad Berleburg noch komplett fehlen, teilt die SPD mit.

„Wir würden uns natürlich freuen, wenn wir da das ein oder andere Dach finden könnten", wird Alexander Blecher, Vorstandsmitglied der Energiegenossenschaft Wittgenstein, in der Pressemitteilung der Sozialdemokraten ebenfalls zitiert. Der Bedarf an einem weiteren Zubau sei noch riesig und die Genossenschaft habe viel vor.

Vor allem Bernd Weide, Stadtverordneter und Mitglied im Bauausschuss, hält mit massiver Kritik an der Stadt vor diesem Hintergrund nicht hinter dem Berg: „Für mich ist das ein Unding bei der Vielzahl der kommunalen Gebäude der Stadt", stellt er kopfschüttelnd fest. „Schließlich wollen wir eine global nachhaltige Kommune sein und haben zumindest auf dem Papier zweimal den European Energy Award bekommen."

Auf Nachfrage der SZ will die Verwaltung die Vorwürfe in dieser Form nicht stehen lassen und stellt den Sachverhalt aus ihrer Sicht dar. „Auf den Gebäuden im Eigentum der Stadt Bad Berleburg wurden bereits im Jahr 2010 drei Bürgersolaranlagen errichtet, die seither sehr erfolgreich betrieben werden und an denen mehr als 40 Bürgerinnen und Bürger partizipieren", verdeutlicht Manuel Spies.

Der SPD-Ortsverein Bad Berleburg ist jetzt Mitglied der Energiegenossenschaft Wittgenstein. Foto: SPD

Die beiden Anlagen auf der ehemaligen Förderschule in der Kernstadt sowie auf der Grundschule Aue-Wingeshausen würden dabei zusammen eine Gesamtleistung von rund 75 Kilowattpeak (kWp) erbringen, rechnet der Abteilungsleiter Immobilienmanagement vor. Die gesamte städtische Photovoltaik-Strategie basiere auf einer Beschlusslage der politischen Gremien, die die Verwaltung seit Ende 2019 damit beauftrage, Dachflächen auf städtischen Immobilien hinsichtlich ihrer Eignung für die Errichtung von PV-Anlagen zu untersuchen. Dabei sei die Errichtung „vorrangig im städtischen Eigentum vorzunehmen".

> *Für mich ist das ein Unding bei der Vielzahl der kommunalen Gebäude der Stadt.*
>
> **Bernd Weide**
> SPD Bad Berleburg

Auf dieser Basis seien bereits vier Großanlagen mit einer Leistung von zusammen rund 200 kWp errichtet worden, weitere vier Anlagen befinden sich demnach derzeit in der Vorbereitung, so dass mit einem Baubeginn beziehungsweise Teilumsetzungen noch im laufenden Jahr zu rechnen sei, führt der Abteilungsleiter weiter aus. Hierzu habe die Stadt aktuell eine Machbarkeitsstudie an ein Ingenieurbüro vergeben, für die zuvor entsprechende Fördermittel eingeworben worden seien.

Entsprechend überrascht zeigt man sich seitens der Stadt jetzt von der durchaus harschen Kritik durch die ortsansässige SPD. So erfolge zum Umsetzungsstand und der Wirtschaftlichkeit der städtischen Photovoltaik-Strategie mindestens jährlich eine öffentliche Berichterstattung im Haupt- und Finanzausschuss (zuletzt bei der Sitzung im März 2023). „Kritik am gesamten Vorgehen wurde hier nicht geäußert", betont Manuel Spies vielsagend.